

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Thering, Stephan Gamm, Dr. Jens Wolf,
Franziska Grunwaldt, Dennis Gladiator (CDU) und Fraktion**

Betr.: Stellplätze gegen Staustadt – P+R-Anlagen Friedrichsberg und Lattenkamp erhalten

Seit Ende Juli 2014 ist die Nutzung bestimmter Park-and-Ride(P+R)-Anlagen auf Beschluss des SPD-Senats nur noch gegen Gebühr möglich. Nach und nach werden seither weitere Standorte mit der Gebührenpflicht überzogen. Ursprünglich war geplant, dass im laufenden Jahr die Gebührenpflicht auf alle weiteren P+R-Anlagen in Hamburg ausgedehnt wird. Dieses fragwürdige Ziel soll mittlerweile erst im kommenden Jahr erreicht werden, wie der Senat im Sommer einräumen musste (siehe Drs. 21/9882).

Die Einführung der Gebührenpflicht wurde vom Senat vor allem mit Verbesserungen in den Bereichen Qualität und Sicherheit sowie einem zukünftigen Kapazitätsausbau gerechtfertigt. Insbesondere Letzterer ist bis Mitte März 2017 nicht erfolgt, wie mehrere CDU-Anfragen (Drs. 21/516, 21/2242, 21/3044, 21/5888, 21/8274, 21/9882) ergeben hatten. Seit der Einführung der Gebührenpflicht wurde nur eine einzige zusätzliche P+R-Anlage, 2016 in Poppenbüttel, eröffnet. Im Gegenzug wurde beispielsweise die P+R-Anlage Hagenbecks Tierpark/Lokstedter Höhe mit 166 Stellplätzen, die eigentlich nur vorübergehend für die Flüchtlingsunterbringung zweckentfremdet werden sollte, Ende Juli 2016 klammheimlich sogar dauerhaft geschlossen und für ein Wohnungsbauvorhaben umgewidmet, wie erst durch eine weitere CDU-Anfrage (Drs. 21/4925) aufgedeckt wurde. Unter dem Strich standen im Juli 2017 im Vergleich zu der Zeit vor der Einführung der Gebührenpflicht und unter Einbeziehung der für die Flüchtlingsunterbringung zweckentfremdeten Anlagen damit statt wie im Januar 2014 9.052 nur noch 7.775 P+R-Stellplätze in Hamburg zur Verfügung. Dabei hatte der SPD-Senat in Drs. 20/9662 noch verkündet, dass „in der Summe (...) nach einer ersten Abschätzung Potentiale für bis zu 2.350 neue P+R-Stellplätze“ bestehen. Auch im März 2017 hatte der Senat in Drs. 21/8274 nochmals bekräftigt, dass „das P+R-Entwicklungskonzept (...) einen mittelfristigen Ausbau von rund 2.000 Stellplätzen in den kommenden Jahren“ vorsieht.

Obwohl der Senat also weit davon entfernt ist, sein eigenes Versprechen vom Kapazitätsausbau einzuhalten, überraschte einer der beiden Geschäftsführer der P+R-Geschäftsführer bereits Ende Juli dieses Jahres mit der Aussage, die P+R-Anlagen am Lattenkamp in Winterhude (55 P+R-Stellplätze) und am Friedrichsberg (93 P+R-Stellplätze) in Barmbek-Süd schließen zu wollen.¹ Mit einer leicht abgewandelten Wortwahl wurde diese Ankündigung vom zweiten Geschäftsführer in einem Interview mit der „Hamburger Morgenpost“ (MOPO) vom 28. November 2017 erneuert. Beide Geschäftsführer begründen diese Absicht mit dem Argument, dass die dort vorgehaltenen P+R-Stellplätze sehr zentral lägen und vor allem von Anwohnern genützt würden, was nicht Sinn einer P+R-Anlage sei.

¹ <https://www.abendblatt.de/hamburg/article211379519/Hamburg-erhaelt-1400-neue-P-R-Stellplaetze.html>.

Diese Argumentation verwundert. So musste der Senat in der Antwort auf eine CDU-Anfrage (Drs. 21/9810) im Sommer dieses Jahres einräumen, dass ausgerechnet die P+R-Betriebsgesellschaft selbst P+R-Stellplätze an Gewerbetunden vermietet und damit gegenüber dem tieferen Sinn einer P+R-Anlage, der Förderung des Umstiegs vom motorisierten Individualverkehr (MIV) hin zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), zweckentfremdet. Zudem kann Hamburg eingedenk des gebrochenen Kapazitätsversprechens sowie des weiterhin immens hohen Stauniveaus auf keinen einzigen P+R-Stellplatz verzichten – auf 148 wie in Friedrichsberg und Lattenkamp zusammen schon gar nicht. Den Anwohnern den „schwarzen Peter“ zuzuschieben, ist darüber hinaus ein durchschaubares wie trauriges Ablenkungsmanöver. Denn einerseits haben die SPD-geführten Senate seit 2011 weit über 2.000 öffentliche Pkw-Parkplätze vernichtet und damit den Parkdruck extrem verschärft. Andererseits haben bezeichnenderweise weder der Senat noch die P+R-Betriebsgesellschaft bis heute valide Daten zur Untermauerung der Anwohner-These vorgelegt.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

die P+R-Anlagen Friedrichsberg und Lattenkamp zu erhalten.